

11.04.2014

Die Mitte **CDU**



**ANDREAS
MATTFELDT MdB**
VERDEN – OSTERHOLZ

BUNDESTAG AKTUELL

Liebe Freunde,

diese Woche stand ganz im Zeichen des ersten Haushaltsentwurfs der neuen Koalition. Wir haben in der viertägigen Haushaltsdebatte wieder viele Zahlen gehört und wichtige Details diskutiert.

Dabei sollten wir aber die wichtigste Botschaft der Woche nicht aus den Augen verlieren: Wir schaffen die Abkehr von der Politik der Schuldenfinanzierung, wie sie in den letzten vier Jahrzehnten betrieben wurde. Nach dem strukturellen Haushaltsausgleich in diesem Jahr wollen wir ab 2015 sogar ganz ohne neue Schulden auskommen. Das gab es zuletzt 1969.

Es wird also eine unionsgeführte Regierung und Koalition sein, die 2014 den strukturellen Haushaltsausgleich schaffen wird. Wenn wir uns nicht zu neuen Ausgaben verführen lassen, dürfte am Ende des Jahres die langersehnte „schwarze Null“ stehen. Die heißt nicht nur so, weil ein kleiner Überschuss möglich ist. „Schwarz“ ist dieser Erfolg auch deshalb, weil er ohne die Regierungsbeteiligung der Union nicht denkbar gewesen wäre.

Wir sind es, die in der dritten Wahlperiode in Folge unbeirrt den Kurs einer wachstumsorientierten Konsolidierungspolitik durchgesetzt haben. Wir meinen es ernst mit der Verantwortung für künftige Generationen. Besser als durch einen stetig gesunden Haushalt kann man das nicht unter Beweis stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Gemeinsam erfolgreich für Europa

Die CDU hat auf dem Bundesparteitag in Berlin ihr Programm für ein starkes Deutschland in einem starken Europa beschlossen. Die internationale Finanz- und die europäische Staatsschuldenkrise haben gezeigt, dass es uns auf Dauer nur gut gehen kann, wenn es Europa gut geht. Deswegen enthält das Programm Ideen und Leitlinien für alle Politikbereiche und ist umfangreicher als bei früheren Europawahlen.

Uns ist Europa so wichtig, dass wir uns gründlich damit beschäftigen. Ohne die Europäische Union ist Deutschland für uns Deutsche heute nicht mehr vorstellbar.

Aber Europa und die EU sind mehr als Euro und Cent, auch mehr als nur Wettbewerbsfähigkeit und Vereinheitlichung von Standards. Europa ist ein Projekt der gemeinsamen Werte und des Friedens. Gerade die letzten Wochen haben uns dies beim Blick auf die Ukraine, aber auch bei unseren Beziehungen zu Afrika oder dem Nahen Osten gezeigt.

Beharrlichkeit zahlt sich aus, wie die Wahlen in Afghanistan zeigen. Erstmals ist der Weg frei für einen demokratischen Machtwechsel. Europa muss sich seiner Werte vergewissern und klar machen: Unsere Werte sind nicht verhandelbar, schon gar nicht in Beitrittsverhandlungen.

Wir treten an, damit CDU und CSU auch nach dem 25. Mai gemeinsam wieder eine starke deutsche Gruppe in der Fraktion der Europäischen Volkspartei stellen.

Rede zum Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

In dieser Woche habe ich - wie in den vergangenen Jahren auch - in den Haushaltsberatungen gesprochen. Dieses Mal erstmalig zum Etat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie. Seit Beginn dieser Wahlperiode bin ich für dieses wichtige Ministerium zuständig.

In meiner Rede habe ich unter anderem über die enormen Herausforderungen gesprochen, die die Energiewende in den nächsten Jahren für uns alle bereithält. Der Ausstieg aus der Kernenergie und der Ausbau der erneuerbaren Energien müssen weiter fortgesetzt werden, die Entsorgung des Atommülls muss geregelt werden, neue Stromtrassen gebaut und die alten Kernkraftwerke abgebaut werden. Ich bin in meiner Rede auch explizit auf die Kirchlinteln durchschneidende Stromtrasse eingegangen. Wenn wir ja sagen, zu erneuerbaren Energien und Atomausstieg, dann müssen wir auch ja

sagen zu neuen Stromtrassen. Allerdings muss dies verträglich für Mensch und Natur geschehen. Ich habe in meiner Rede vor dem Deutschen Bundestag auch darauf hingewiesen, dass die bisherigen Planungen, die Stromtrasse über zwei Waldkindergärten hinwegführen zu lassen, nicht akzeptabel sind. Ich bin zuversichtlich, dass es hier noch zu Änderungen kommen wird.



Bundshaushalt 2014

Die Ausgaben des Bundes sollen in diesem Jahr 298,5 Milliarden Euro betragen. Gegenüber dem Vorjahr sinken (!) sie also um 11,5 Milliarden Euro bzw. 3,7 Prozent. Die „prioritären Maßnahmen“ des Koalitionsvertrages, mit deren Umsetzung im laufenden Haushaltsjahr begonnen werden soll, sind dabei bereits berücksichtigt, blähen den Haushalt also nicht auf.

Und wir investieren: Durch Umschichtungen können wir die Städtebauförderung bei einem Programmvolumen von 700 Millionen Euro verstetigen, zusätzliche Ausgaben für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur von rund 500 Millionen Euro aufbringen sowie eine erste Tranche von 200 Millionen Euro für die vereinbarte zusätzliche Entwicklungszusammenarbeit (Official Development Aid, ODA) auflegen.

Die Nettoneuverschuldung sinkt um 15,6

auf 6,5 Milliarden Euro. Dies ist der niedrigste Stand seit 40 Jahren. In dieser Summe ist noch die letzte Rate der Kapitaleinzahlung an den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) in Höhe von 4,3 Milliarden Euro enthalten.

Wir arbeiten in den nun anstehenden parlamentarischen Beratungen darauf hin, die verbleibende Nettokreditaufnahme wo immer möglich noch weiter abzusenken.

Ausgaben für Bildung und Infrastruktur

Bildung und Forschung: Mit knapp 14 Milliarden Euro Ausgabenniveau gibt es seit Regierungsübernahme durch unsere Bundeskanzlerin das neunte Mal in Folge einen Anstieg der Ausgaben in diesem zentralen Zukunftsressort. Insgesamt sind die Ausgaben seit 2005 um 84,3 Prozent gestiegen – ein unübersehbarer Beleg für unsere Schwerpunktsetzung.

Mit allein 1,8 Milliarden Euro für den Hochschulpakt unterstützt der Bund die Länder bei der Schaffung zusätzlicher Studienplätze. Für die Verbesserung von Studienbedingungen und Qualität der Lehre werden wieder 200 Millionen Euro investiert. Steigende Mittel für BAföG, Begabtenförderung und Deutschlandstipendium erleichtern die Finanzierung des Studiums. Das Bildungswesen zur Unterstützung benachteiligter Kinder und Jugendlicher wird ebenso gestärkt wie die großen außeruniversitären Forschungseinrichtungen und die Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Verkehr und digitale Infrastruktur:

Die Gesamtausgaben des größten Investitionshaushalts des Bundes betragen 22,78 Milliarden Euro.

Von den bis 2017 zur Stärkung der Verkehrsinvestitionen zur Verfügung gestellten zusätzlichen 5 Milliarden Euro dienen 1,5 Milliarden Euro der Ausfinanzierung begonnener Vorhaben. Die Investitionen dieses Jahres steigen so auf 12,55 Milliarden Euro.



Büro Berlin:

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030 - 22 77 13 22

E-Mail: andreas.mattfeldt@bundestag.de

Internet: www.andreas-mattfeldt.de

Redaktion: Tatjana Range